

Präsidialabteilung

17/SN-121/ME

GZ.: Präs - 21 Ee 10 - 85/3

Graz, am 5.3.1985

Ggst.: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Energieförderungs-
gesetz 1979 geändert werden soll;
Stellungnahme.

Tel.: 831/2428 od. 2671

BUCH - 121/ME
ZL 10 GE/19.85

Datum: 11. MRZ. 1985

Verteilt: 14. MRZ. 1985 *Franzen*

Wasserbau

1. Dem Präsidium des Nationalrates, 1010 Wien I.,
Dr.Karl Renner-Ring 3 (mit 28 Abdrucken);
2. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
3. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
4. allen Ämtern der Landesregierungen
(Landesamtsdirektion);
5. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt
der NÖ Landesregierung, 1014 Wien, Schenkenstraße 4,

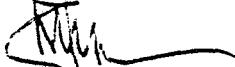
zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:

Dr.Krainer eh.

F.d.R.d.A.:





A M T D E R
S T E I E R M Ä R K I S C H E N L A N D E S R E G I E R U N G

8011 Graz, Landesregierung – Präsidialabteilung

An das
Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8
1015 W i e n

GZ Präs - 21 Ee 10 - 85/3

Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Energieförderungs-
gesetz 1979 geändert werden soll;
Stellungnahme.

Bezug: 13 8102/2-IV/13/85

Präsidialabteilung

8010 Graz, Hofgasse 15

DVR 0087122

Bearbeiter

Telefon DW (0316) 831/

Telex 031838 lgr gza

Parteienverkehr

Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen
dieses Schreibens anführen

Graz, am 5. März 1985

Zu dem mit do. Note vom 1.2.1985, obige Zahl, übermittelten
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Energieförderungs-
gesetz 1979 geändert werden soll, wird namens der Steier-
märkischen Landesregierung folgende Stellungnahme abgegeben:

Alle wesentlichen Regelungen des vorliegenden Entwurfes sollen
der Realisierung des Ziels dienen, die abgabenrechtlichen Be-
günstigungen für Energieversorgungsunternehmen davon abhängig
zu machen, daß einer Anlage die "energiewirtschaftliche Zweck-
mäßigkeit" zuerkannt wird. Diese Zielsetzung kann aber nicht
die Zustimmung des Landes finden, da sie praktisch auf eine
völlige Zentralisierung der wesentlichsten Investitionsent-
scheidungen von Energieversorgungsunternehmen bei Zentral-
stellen des Bundes hinausläuft. Eine derartige zentralistisch-
dirigistische Energiepolitik widerspricht aber den Interessen
der Länder und steht im Widerspruch zur Grundlinie der bis-

./. .

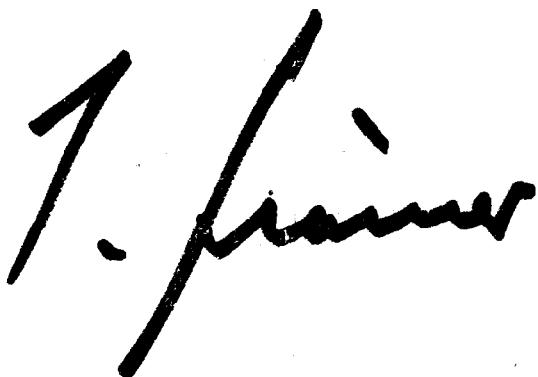
- 2 -

herigen Energiepolitik, die eindeutig föderalistisch war und die die Möglichkeit geboten hat, die sehr unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Teilen Österreichs zu berücksichtigen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden unter einem 25 Abdrucke dieser Stellungnahme zugeleitet.

Für die Steiermärkische Landesregierung

Der Landeshauptmann

A handwritten signature consisting of the number "1." followed by the name "Jänner". The signature is written in a bold, cursive black ink.